



Pressemitteilung

Bern, Paris, Kopenhagen, 19. Oktober 2006

Studie der OECD und der WHO zum schweizerischen Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem der Schweiz gewährleistet gute Gesundheitsstandards und eine umfassende Versorgung der Bevölkerung, allerdings haben diese Erfolge ihren Preis. Zu diesem Schluss kommen OECD und WHO in einer neuen Studie zum schweizerischen Gesundheitssystem. Beide Organisationen loben das System für seine gute Qualität, empfehlen aber gleichzeitig, die hohen Kosten im Rahmen zu halten.

Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern hat die Schweiz ein sehr gut ausgebautes Gesundheitssystem. Es bietet einen universellen Krankenversicherungsschutz, Zugang zu einem breiten Angebot an modernen Gesundheitsdienstleistungen und die Patienten sind im Großen und Ganzen mit der Versorgung zufrieden. Allerdings ist in der Schweiz der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nach den USA der zweithöchste innerhalb der OECD. Die Systeme anderer OECD-Länder erbringen bei niedrigeren Kosten die gleichen oder sogar besseren Leistungen als das der Schweiz.

So wendete die Schweiz im Jahr 2003 immerhin 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit auf, im OECD-Schnitt waren es 8,8 Prozent. Zudem sind in den vergangenen Jahren die Gesundheitskosten in der Schweiz stetig gestiegen. Von 1990 bis 2004 stieg ihr Anteil am BIP um 2,4 Prozentpunkte, während im OECD-Mittel die Kosten nur um 1,5 Prozentpunkte gestiegen sind. Das vergleichsweise hohe Niveau der Gesundheitsausgaben in der Schweiz spiegelt sowohl das großzügige Angebot als auch die hohen Preise für die erbrachten Dienstleistungen wider.

Eine alternde Bevölkerung und neue Gesundheitstechnologien legen nahe, dass die Gesundheitsausgaben in der Schweiz weiter steigen werden, was die Frage nach der finanziellen Nachhaltigkeit des Systems aufwirft. „Die Schweiz muss umfassende Strategien für mehr Kosteneffizienz entwickeln, wenn sie in Zukunft die Gesundheitskosten besser kontrollieren will“, sagte John Martin, Direktor für Beschäftigung, Arbeit und Soziales bei der OECD.

Während die gesamten Gesundheitsausgaben in der Schweiz vergleichsweise hoch sind, liegt der Anteil für Prävention und Gesundheitsförderung mit 2,2 Prozent an den Gesamtausgaben gegenüber dem OECD-Schnitt von 2,7 Prozent niedrig. „Wenn die schweizerischen Gesundheitsbehörden mehr in Prävention und Gesundheitsförderung

investieren würden, könnten sie den Alkohol- und Tabakkonsum effektiver begrenzen und bisher vernachlässigten Leiden wie psychischen Erkrankungen und Fettleibigkeit mehr Aufmerksamkeit schenken. Bei Konzentration auf die wichtigsten Risikogruppen würden auf diesem Wege am besten Gesundheit gefördert und Krankheiten eingedämmt“, sagte Dr. Marc Danzon, WHO Regionaldirektor für Europa.

Die Studie empfiehlt Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz im schweizerischen Gesundheitssystem. Die derzeitigen Arrangements zur Vergütung von Ärzten und Krankenhäusern – Abrechnung nach erbrachter Leistung oder nach Bettenbelegung – bieten keine starken Anreize, um die Kosteneffizienz zu steigern. Die Studie empfiehlt deshalb, neue Zahlungsmodalitäten in Betracht zu ziehen: So könnte im stationären Bereich ein Vergütungssystem, das auf nach Krankheiten differenzierenden Pauschalen pro Patient beruht, die Effizienz steigern und die Dauer von Krankenhausaufenthalten verringern. Im ambulanten Bereich könnte ein System mit Familien- oder Gatekeeperärzten statt der derzeit üblichen leistungsbezogenen Bezahlung in Erwägung gezogen werden.

Sollte die Schweiz sich entschließen, die Kosten im Gesundheitssystem durch mehr Wettbewerb zu senken, so dürfte es für die Versicherer nicht mehr möglich sein, Versicherte aufgrund ihres Gesundheitsrisikos zu selektionieren. Die Krankenversicherungen müssten die Leistungserbringer aufgrund von Qualitätskriterien unter Vertrag nehmen und zudem sollten Verträge über die stationäre Versorgung sorgsam ausgearbeitet werden. Die Versicherten sollten in der Lage sein, die beste Versorgung zu den geringsten Preisen zu wählen. Ein verstärkter Wettbewerb auf dem Markt für nicht mehr unter Patentschutz stehende Medikamente (z. B. Generika) würde zudem helfen, die Arzneimittelpreise zu senken. Zudem sollte der Wettbewerb zwischen Versicherern und den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen auch über die Kantons Grenzen hinweg stattfinden.

Die Finanzierung des Systems über Versicherungsprämien ist regressiv und die privaten Zuzahlungen in der Schweiz sind in der Schweiz im Vergleich mit anderen OECD-Ländern hoch. Dennoch wird innerhalb des gegenwärtigen Systems mit Zuschüssen zu Versicherungsprämien und Ausnahmeregelungen beim Selbstbehalt erreicht, dass auch finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen einen guten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten. Allerdings bestehen zwischen den Kantonen große Unterschiede, was die Höhe der Prämienverbilligungen und die Zugangskriterien angeht. Deshalb empfiehlt der Bericht, auf nationaler Ebene Minimalstandards zu setzen.

Schließlich erfordert eine langfristige Verbesserung des Gesundheitssystems eine Strukturreform. Trotz der geringen Größe und Bevölkerungszahl des Landes besteht das schweizerische Gesundheitssystem faktisch aus 26 halbautonomen Untersystemen auf Kantonsebene. Dadurch wird die Entwicklung von konsistenten nationalen Politiken, von Wettbewerb zwischen Versicherungsanbietern und Gesundheitsdienstleistern und bei der Medikamentenversorgung erschwert.

Die Studie empfiehlt deshalb einen umfassenden Gesetzesrahmen für den Gesundheitsbereich, der bestehende Regelungen zur Krankenversicherung, zur Vorsorge, zur Erhebung von Gesundheitsdaten auf nationaler Ebene und zur Aufsicht über die Leistung des Systems umfassen würde. Dafür müssten auf nationaler Ebene Ziele erarbeitet und ein Teil der Finanzierung geregelt werden. Gleichzeitig müsste man sicherstellen, dass Versicherungen und Gesundheitsangebote über die Kantons Grenzen hinaus verfügbar sind.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Ms Sabina Müller
Press and Media Relations Officer
Federal Office of Public Health
CH- 3003 Bern, Switzerland
Tel : +41-31-324 17 86; Fax +41 (0)31 324 97 53
e-mail : Sabina.Mueller@bag.admin.ch

Matthias Rumpf
Press and Public Affairs Officer
OECD Berlin Centre
Schumannstraße 10, D-10117 Berlin, Germany
Tel: + 49-30-28 88 35 41; Fax: +49-30-28 88 35 45
e-mail: Matthias.Rumpf@OECD.org

Ms Liuba Negru
Press and Media Relations Officer
WHO Regional Office for Europe
Scherfigsvej 8, DK-2100 Copenhagen Ø, Denmark
Tel.: +45 39 17 13 44. Fax: +45 39 17 18 80
e-mail: LNE@euro.who.int